

Notizen

Johannes Paul II. hat vier ungarische Diözesen neu besetzt. Erzbischof von Kalocsa wurde als Nachfolger des in Ruhestand getretenen Jozsef Ijjas (86) der bisherige Apostolische Administrator und frühere Rektor des Ungarischen Kollegs in Rom, László Danko (48). Neuer Erzbischof von Eger ist István Seregely (56), bisher Pfarrer in Köszeg (Westungarn). Die anderen Neuernannten sind: der Bischof István Konkoly (57) von Szombathely, bisher Pfarrer in Gencsapati, und der Bischof von Csanád Endre Gyulay (ebenfalls 57), bisher Pfarrer in Szeged. Mit den vier Neuernennungen werden wieder alle ungarischen Diözesen von einem Diözesanbischof geleitet.

Der Generalvikar der Erzdiözese Freiburg, Robert Schlund, hat die Absicht des in Fragen der Euthanasie einschlägig bekannten Medizinforschers Julius Hackethal scharf widersprochen, eine querschnittgelähmte Frau auf deren Wunsch hin zu töten. Würde realisiert, was Hackethal ankündigt, wäre dies eine Weichenstellung in eine unmenschliche Zukunft. Was Hackethal beabsichtige, sei aktive Sterbehilfe in Form einer direkten Tötungshandlung. Wenn eine solche Handlung nicht mehr unter Strafandrohung stehe, könnten künftig kranke Menschen geradezu gezwungen werden, für sich die Erlösungsspritze zu fordern. Hackethal hatte sein Vorhaben in einer Selbstanzeige gegenüber der Karlsruher Staatsanwaltschaft kundgetan.

Von „beachtlichen Gewissensspannungen“, denen Katholiken in der SPD ausgesetzt seien, sprach Johannes Niemeyer bei einem Treffen mit sozialdemokratischen Mandatsträgern. Dies gelte auch für die gegenwärtige Programmdiskussion in der SPD. Christen in der SPD würden auch da viel stärker gefordert als ihre Glaubensbrüder in den Unionsparteien, wo das Programm von vornherein auf christlichem Gedankengut fuße. Wichtig ist für Katholiken in der SPD nach Niemeyer, daß sie sich als Botschafter fühlen, die als Sachwalter katholischer Anliegen jeweils zeigen können, „wo katholisches Außenseitertum sich spreizt und wo es wirklich um katholische Substanz geht“.

Zum neuen Landessuperintendenten der Evangelisch-Reformierten Kirche in Nordwestdeutschland wählte der Landeskirchentag mit 41 von 45 Stimmen Pfarrer Walter Herrenbrück. Der neue Landessuperintendent ist derzeit Direktor des Predigerseminars seiner Kirche in Wuppertal. Er wird Nachfolger von Gerhard Nordholt, der 24 Jahre Landessuperintendent der Evangelisch-Reformierten Kirche in

Nordwestdeutschland war, einer der beiden reformierten Gliedkirchen der EKD. Ihre Gemeinden liegen vor allem in Ostfriesland und in der Grafschaft Bentheim.

Der Vatikan hat jetzt die „Internationale Koordination der Christlichen Arbeiterjugend“ in Turin als offizielle Vertretung der *Katholischen Arbeiterjugend* anerkannt. Zur „Internationalen Koordination der CAJ“ hatten sich im vergangenen Jahr zunächst die CAJ-Bewegungen von Frankreich, Italien, England und Malta zusammengeschlossen, aus Protest gegen ein ihrer Meinung nach mangelndes kirchliches Profil des CAJ-Dachverbandes (vgl. HK, Dezember 1986, 559–561). Inzwischen gehören dem neuen Dachverband 27 nationale Vereinigungen an. Die Entscheidung Roms, die „Internationale Koordination“ als offiziellen Ansprechpartner anzuerkennen und damit der CAJ-Zentrale in Brüssel die kirchliche Anerkennung zu entziehen, kommt nicht überraschend: Der vatikanischen Laienrat hat schon längere Zeit deutliche Kritik am Kurs der internationalen CAJ geübt.

In seiner Predigt bei der traditionellen Männerwallfahrt zum Klüschen Hagis, einem Marienwallfahrtsort im Eichsfeld, sagte Bischof Joachim Wanke, der Apostolische Administrator von Erfurt-Meiningen, ein Christenleben, das bereit sei, Nachteile in Kauf zu nehmen, müsse auch auf Marxisten Eindruck machen. Er wies darauf hin, daß bei einigen marxistischen Denkern eine neue Einstellung zu Glauben und Kirche vorhanden zu sein scheine: Habe man früher noch gemeint, der Glaube könne mit veränderten gesellschaftlichen Bedingungen schwinden, so müsse man heute feststellen, daß der Gottesglaube sittliche Kräfte im Leben des Menschen freisetze. Es wäre erfreulich, so Bischof Wanke, wenn diese Erkenntnis auch im Alltag der DDR Realität werden könnte.

Der *Arbeitskreis Evangelischer Unternehmer* hat in einem Positionspapier Kritik aus den Reihen der evangelischen Kirche an der sozialen und wirtschaftlichen Ordnung der Bundesrepublik zurückgewiesen. Die Kritik an der sozialen Marktwirtschaft werde nicht als offene politische Forderung vorgetragen, sondern mit fragwürdigen theologischen Begründungen verkleidet. Die Bibel, so das Papier der evangelischen Unternehmer, könne nicht für die eine oder die andere Wirtschaftsordnung herangezogen werden. Wirtschaft diene der Bedürfnisbefriedigung aller, und je besser ein Wirtschaftssystem arbeite, desto besser könnten die Menschen leben. Wenn die Kirchen die

Autorität ihrer christlich-ethischen Wächterrolle gegenüber dem Staat nicht verspielen wollten, müßten sie sich davor hüten, „sich in den politischen Tagesstreit der demokratischen Parteien mit Argumenten zu mischen, die dem größeren Sachverhalt in den schwierigen und komplizierten Zusammenhängen einer demokratischen Staatsführung nicht standhalten.“

Am 1. und 2. Juni tagte im Vatikan die *Rat der Niederländischen Sondersynode*. In einer knappen Pressemitteilung über das Treffen hieß es, auf der Tagesordnung habe die Gesamtüberprüfung der Anwendung der von der Sondersynode 1980 gefaßten Beschlüsse gestanden. Die niederländische Sondersynode hatte im Januar 1980 im Vatikan getagt (vgl. HK, März 1980, 116–120) und ein umfangreiches Schlußdokument zu den verschiedenen Bereichen des kirchlichen Lebens in den Niederlanden verabschiedet. Dem Synodenrat gehören der Erzbischof von Utrecht und Vorsitzende der Niederländischen Bischofskonferenz, Kardinal Adrianus Simonis, Bischof Hubertus Ernst von Breda und der Erzbischof von Mechelen-Brüssel, Kardinal Godfried Danneels, an. Kardinal Danneels wurde vom Papst unmittelbar vor der Sitzung des Rats zu dessen neuem Mitglied berufen.

Gleb Jakunin, russisch-orthodoxer Priester und (1976) Gründer des „Christlichen Komitees der Kirchen und der Gläubigen“, wurde vor kurzem aus der Verbannung entlassen und durfte zu seiner Familie nach Moskau zurückkehren. Nach eigener Aussage soll er demnächst eine Stadtrandpfarrei in Moskau übernehmen. Jakunin war 1980 zu einer 10jährigen Freiheitsstrafe mit anschließender Verbannung verurteilt worden.

Der Generalsekretär des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Vietnams, Nguyen Van Linh, hat dem Beitrag einer Zeitung in Hanoi zufolge eingeräumt, daß in Vietnam in der Vergangenheit Fehler gegenüber den Katholiken begangen worden seien. Er bekräftigte gleichzeitig die „konstante Politik der Partei und des Staates, die die Freiheit der Religion achtet“. Hier und da werde diese Politik in der alltäglichen Praxis unvollkommen verwirklicht und durch Vorurteile gegenüber den Katholiken beeinträchtigt. Van Linh erinnerte daran, daß sich gerade auch viele junge Katholiken etwa in der Armee für ihr Heimatland einsetzten. Er mahnte aber auch zur Vorsicht gegenüber denjenigen, „die die Religion mißbrauchen, um gegen die Interessen des Landes zu agieren“.